

# ... ich soll mich entschuldigen ...

## **Kurt Zeiseweis**

*Geb. 1937, in der DDR Oberst des Ministeriums für Staatssicherheit, jetzt tätig als Lagerverwalter in einer Berliner Handelsgesellschaft*

Seit Beginn meiner Gespräche mit Personen, die sich als Betroffene der Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit betrachten, wird mir immer wieder – zumeist vorwurfsvoll – die Frage gestellt, warum ich mich nicht entschuldige für »das Leid, das ich bzw. solche wie ich so vielen Menschen zugefügt habe«. Im gleichen Zusammenhang wird festgestellt, daß ich keine Reaktion, kein Mitfühlen, zeige mit dem »Leid Betroffener«. Es stimmt, daß ich in dieser Beziehung große Probleme mit mir selbst und anderen habe.

Warum ist das so? Ich gehe davon aus, daß mein eigenes Handeln stets nur erklärt werden kann aus der jeweiligen Zeit, den gesellschaftlichen Bedingungen, Ansprüchen und Erwartungen, aus den Wechselbeziehungen, die ich zu anderen Menschen eingegangen war, und aus meinen moralischen und politischen Ansprüchen, die ich mir selbst jeweils gestellt hatte. Das Herauslösen eines der genannten Elemente aus den Motiven meines Handelns sprengt diesen Zusammenhang,

halte ich für undialektisch und deshalb für nicht machbar. Der Einzelne jedoch, der von mir Entschuldigung erwartet, sieht nur sich selbst oder seinesgleichen.

Zum Beispiel:

Mich prinzipiell dafür zu entschuldigen, im MfS Dienst versehen zu haben, hieße in der Konsequenz für mich, 1955 eine falsche Entscheidung als 18-jähriger getroffen zu haben. Welche Entscheidung stand für mich zu dieser Zeit? Bist du bereit, etwas für den Schutz der Arbeiter- und Bauern-Macht zu leisten oder nicht? Ich hätte mich zwar zu diesem Zeitpunkt anders entscheiden können und vielleicht zur KVP (Kasernierten Volkspolizei – Vorläufer der Nationalen Volksarmee der DDR) oder zur Volkspolizei gehen können. Es wäre auch möglich gewesen, einen zivilen Werdegang einzuschlagen, die Schutzaufgabe anderen zu überlassen. Ich könnte dann jetzt diese Menschen, eingeschlossen Richter und Staatsanwälte, und andere vehement für ihr Versagen kritisieren.